

Weg mit den Wachstumsbremsen

Deutschland droht seine Führungsrolle in wichtigen Branchen zu verlieren. Die nächste Bundesregierung muss deshalb alles tun, um private Investitionen zu erleichtern. Noch hapert es in vielen Bereichen **VON KURT LAUK**

So erfreulich es ist, dass Deutschland voraussichtlich als eines der ersten Länder die weltweite Wirtschaftskrise überwindet, so wichtig wird es in den kommenden Monaten, die Weichen auf wirklich nachhaltiges Wachstum zu stellen, um strukturell gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Die kommende Bundestagswahl hat deshalb Auswirkungen, die weit über die Legislaturperiode hinausreichen.

Wenn die staatlichen Konjunkturprogramme auslaufen, wird in Westeuropa der schuldenfinanzierte Konsum zurückgehen. Die derzeitigen Aufschwungkräfte (Kostensenkungen und minimale Zinskosten) werden sich abschwächen. Dann kehrt eine Normalität zurück, die im privaten Sektor durch Lohnzurückhaltung sowie niedrige Dividenden und Zinseinkommen geprägt sein wird.

Wie dauerhaft und stabil unser künftiges Wachstum sein wird, darüber entscheiden Deutschlands Innovationsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten. Derzeit droht aber die Gefahr, dass wir unsere Führungsrolle in wichtigen Industriefeldern an Asien verlieren. In der deutschen Schlüsselindustrie Automobilbau haben sich China, Südkorea und Japan einen großen Vorsprung bei der Speichertechnologie für Elektroautos erarbeitet. Auch in der Solarbranche produziert China inzwischen gleiche Qualität zu nur zwei Dritteln des deutschen Preises. Weitere wichtige Bereiche sind etwa die Biochemie, die Gentechnologie sowie die Nanomedizin. In diesen Schlüsseltechno-

logien müssen innerhalb kürzester Zeit die Weichen für die Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten 50 Jahren neu gestellt werden.

Der Staat selbst kann weder Innovationen noch stabiles Wirtschaftswachstum schaffen. Er kann und muss aber für bestmögliche Rahmenbedingungen sorgen. Die neue Bundesregierung sollte sich deshalb vordringlich darum kümmern, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die die wirtschaftliche Dynamik bremsen. Zugleich wird sie den öffentlichen Haushalten zukunftsfähige Strukturen geben müssen. Heute geht der weit überwiegende Anteil der Staatseinnahmen in den Konsum, Tendenz steigend. Für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung bleibt dagegen kaum Geld übrig. Hier brauchen wir eine klare Trendwende.

Alle Wachstumsmotoren anzukurbeln heißt vor allem, die Bürokratie weiter abzubauen und insbesondere Genehmigungsverfahren zu vereinfachen.

Gerade in der aktuellen Krise ist es verheerend, dass in Deutschland private Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe auf Eis liegen. Allein in der Energiewirtschaft könnten in den kommenden ein- bis einhalb Jahren mit 26 Mrd. € die dringend notwendige Modernisierung der Netzinfrastuktur und eine Erneuerung des Kraftwerksparks vorangetrieben werden. Das Geld ist da. Es mangelt allein am zügigen Abschluss der Genehmi-

gungsverfahren, an langfristiger Investitionssicherheit und an der Unterstützung für Zukunftstechnologien. Es ist schlecht für Deutschland, wenn ausgerechnet dem maßgeblichen Industrieland Europas ein schlüssiges Energiekonzept fehlt.

Auch bei der Verkehrsinfrastruktur sind die Bremsen angezogen. Für den Ausbau der deutschen Flughäfen stehen 20 Mrd. € bereit. Die in Deutschland weltweit längsten Planfeststellungsverfahren verzögern eine schnelle Umsetzung geplanter Projekte. Im Straßenverkehr wären Investitionen von rund 8 Mrd. € nötig, um die Infrastruktur auf einem Niveau zu halten, das dem Exportweltmeister Deutschland gerecht wird. Mit den Mitteln

Die Gefahr einer Kreditklemme hat spürbar zugenommen

aus dem Konjunkturpaket II werden aktuell die größten Versäumnisse nachgeholt. Ab 2011 fehlt es aber wieder an einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage.

Weitere 35 Mrd. € könnten bis 2020 in den Ausbau von Breitbandnetzen fließen – das brächte eine Million Arbeitsplätze und eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von 0,6 Prozent. Enormes Investitionspotenzial schlummert schließlich im Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Will die Bundesregierung ihre CO₂-Ziele bis 2020 erreichen, muss der deutsche Gebäudebestand nachgerüstet werden. Das kostet bis zu 190 Mrd. €.

Um die privaten Mittel möglichst schnell und umfassend locker zu machen, brauchen wir bes-

sere rechtliche Rahmenbedingungen und einen erleichterten Zugang zu Fördermitteln.

Zwar ist zwischenzeitlich etwa die Hälfte der Bundesmittel aus dem zweiten Konjunkturprogramm verplant, gleichwohl sind der tatsächliche Mittelabfluss und die konkrete Bewilligung von Unternehmenskrediten immer noch zu zögerlich. Die Gefahr einer Kreditklemme für mittelständische Unternehmen hat spürbar zugenommen. Umso wichtiger ist es, die von der Bundesregierung vorgesehenen Globaldarlehen der KfW-Gruppe schnell umzusetzen. Mindestens ebenso entscheidend wird es sein, endlich bürokratische Wachstumsbarrieren einzureißen.

Hier spielt auch das Steuerrecht eine traurige Rolle: Insbesondere die Regelungen zur Zinsschranke, zur Besteuerung von Funktionsverlagerungen und zur Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Kreditzinsen in der Gewerbesteuer hemmen die unternehmerische Dynamik massiv und verlängern die Krise. „Mittelstandsbauch“ und „kalte Progression“ in der Einkommensteuer tragen die maßgebliche Schuld daran, dass die Inflation die Gehaltssteigerungen der deutschen Arbeitnehmer in den letzten fünf Jahren mehr als aufgefrisst hat. Schrumpfende Nettoeinkommen aber sind Gift für die Inlandsnachfrage und damit auch für stabiles Wachstum. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die neue Bundesregierung hat es in der Hand, diese Bremsen zu lösen.

KURT LAUK ist Präsident des Wirtschaftsrates der CDU.